

|  |   |
|--|---|
| Finanzmarkt: Neue Regeln mindern Risiken                                   | 2 |
| Steuerpolitik:<br>Börsenumsatzsteuer bremst Spekulation                    | 3 |
| Finanzmarkt:<br>Bankensystem – Abkehr vom US-Vorbild                       | 4 |
| Mindestlohn: Warnung vor Arbeitsplatzverlusten<br>auf wackeligem Fundament | 5 |
| Mitbestimmung: Weiter große Reichweite                                     | 6 |
| Arbeitsmarkt: Ältere – Einsatz des<br>Vermittlers entscheidet              | 7 |
| TrendTableau   | 8 |

## FINANZMARKTKRISE

# Auch Konjunktur braucht Unterstützung

**Bei aller Dramatik auf dem Bankensektor sieht das IMK Chancen, die Finanzkrise und den konjunkturellen Einbruch im Laufe des kommenden Jahres zu bewältigen. Voraussetzung: Regierungen und Zentralbanken handeln koordiniert. Und sie kümmern sich auch um die Konjunktur.**

Sie schirmen Kreditrisiken ab, sie garantieren Spareinlagen, sie senken Zinsen – Staaten und Notenbanken sind weltweit im Einsatz, damit die Krise nicht außer Kontrolle gerät. Dazu gibt es keine Alternative, betonen die Wissenschaftler des IMK in einer Analyse vom 8. Oktober.\* Denn die vermeintliche Selbststeuerung der Banken, Fonds und Börsen löst die Probleme nicht. „Das Zeitalter der weitgehend unregulierten Finanzmärkte ist mit dieser Krise zu Ende“, schreiben die Ökonomen in ihrer Untersuchung.

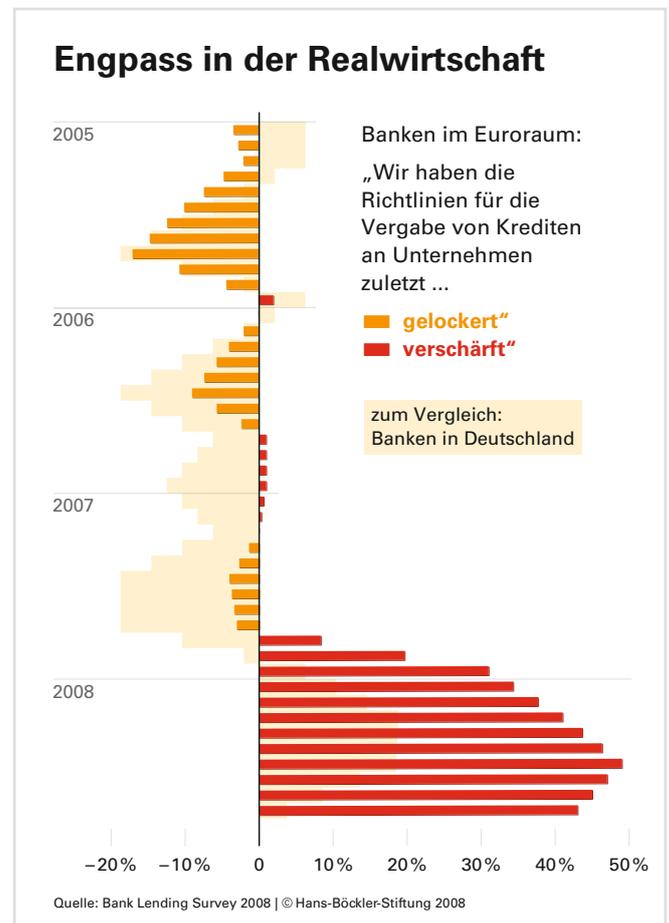
Für die nahe Zukunft hat das IMK zwei Szenarien entwickelt. Im besseren Fall sehen die Forscher Chancen, dass die Weltwirtschaft „im Laufe des kommenden Jahres wieder auf einen etwas kräftigeren Wachstumspfad einschwenkt“. Drei Faktoren könnten die Krisenbewältigung beschleunigen:

**Konjunkturstimulierung:** Finanz- und Konjunkturkrise hängen eng zusammen: Die Kreditkonditionen für Unternehmen verschlechtern sich. Firmen, die deshalb Probleme bekommen, verlieren an Wert. Das trifft wiederum die Kapitaleigner, darunter viele Banken. Um den potenziellen Teufelskreis zu durchbrechen, empfiehlt das IMK, in den USA und in der EU die Konjunktur durch verstärkte staatliche Investitionen zu stimulieren. Der finanzielle Aufwand dürfte zwar für die Staaten zunächst höher sein, doch „im Laufe der Zeit dürfte sich das mehr als ausgleichen“, weil die Krise schneller überwunden werde. Die konzertierte Leitzinssenkung sei ein richtiger Schritt gewesen, weitere sollten folgen.

**Staatshilfe nur gegen Eigentumsübertragung:** Staatliche Hilfe ist nur sinnvoll, so das IMK, wenn die begünstigten Banken als Gegenleistung Eigentum übertragen, etwa in Form von Aktien. Und das aus zwei Gründen: Einmal, um die Belastungen für die Steuerzahler zu begrenzen. Zum zweiten könne nur so vermieden werden, dass Finanzmarktakteure im Vertrauen auf kostenlose Staatshilfe weiterhin besonders hohe Risiken eingehen.

**Supranationales Vorgehen:** Nationale Alleingänge können die Verwerfungen sogar verschlimmern, warnt das IMK. Dafür sei Irland ein Beispiel: Zwar verhinderten die staatlichen

Grafik der gedruckten Ausgabe korrigiert:  
Euroraum und Deutschland hier richtig zugeordnet



Garantien Panikreaktionen von Kunden der irischen Banken. „Sie geben jedoch Anreize für rasche Kapitaltransfers in das jeweils vermeintlich sicherere Land und verschärfen die Krise in den anderen Staaten.“ Erfolg versprechen daher nur zwischen den Staaten koordinierte Aktionen. Die europäischen Beschlüsse vom vergangenen Wochenende gingen in die richtige Richtung, betonen die Forscher. Die Koordinierung müsse aber auch rasch und konsequent umgesetzt werden. Sonst dürften die Kosten am Ende sehr viel höher ausfallen. ◀

\* Quelle: Finanzmarktcrise: erste Hilfe und langfristige Prävention, IMK Policy Brief, Oktober 2008  
Download und Quelledetails: [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Neue Regeln mindern Risiken

**Die Finanzkrise zeigt auf eindringliche Weise, wie instabil deregulierte Finanzmärkte sind. Nur eine intelligente Re-Regulierung kann das Risiko neuer Erschütterungen vermindern, so das IMK.\***

Nach der Krise ist vor der Krise – dieses Muster haben die Wissenschaftler an den internationalen Finanzmärkten zuletzt gehäuft beobachtet: Bereits zum zweiten Mal nach dem Platzen der Dotcom-Blase 2000/2001 hätten Instabilitäten, die als spekulative Übertreibungen auf den Kapitalmärkten begannen, zu einem Abbruch eines globalen Konjunkturaufschwungs geführt. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind davon doppelt betroffen: Ihr Risiko, den Arbeitsplatz zu verlieren, steigt. Zugleich leidet ihre Altersversorgung, die auch in Deutschland zunehmend über den Kapitalmarkt abgedeckt werden sollte.

Das IMK hält deshalb grundlegende Veränderungen im Finanzsystem für unerlässlich. Die Wirtschaftspolitik müsse „verhindern, dass es erneut zu einer Gefahr für die Konjunktur werden kann“, schreiben die Wissenschaftler in ihrer Analyse vom 8. Oktober. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht sei es wichtig, dass das Finanzsystem wieder stärker seine originäre Aufgabe übernehme: die effiziente Finanzierung von langfristig ausgerichteten Realinvestitionen. Ein Abschied vom Eigenleben der vergangenen Jahre bedeutet aus Sicht der Ökonomen auch eine Abkehr von Renditevorstellungen, die weit über denen in der Realwirtschaft liegen: „Eigenkapitalrenditen von deutlich über zehn Prozent über mehrere Jahre sind ein Indikator für solche Verwerfungen und spekulative Prozesse.“

Als Eckpunkte einer intelligenten Re-Regulierung der Finanzmärkte nennt das IMK fünf Punkte:

**Standardisierung von Finanztiteln.** Sie soll für mehr Markttransparenz sorgen und den gerade bei so genannten „Finanzmarktinnovationen“ bislang enormen Informationsvorteil des Anbieters gegenüber dem Käufer relativieren. Der Erwerber wäre dann besser über die mit dem Kauf verbundenen Risiken informiert. Nach Vorstellung des IMK könnte eine bei der EZB oder EU-Kommission angesiedelte Kommission über Standards entscheiden. Sind die Finanztitel standardisiert, reduziert das auch die Kosten für den Handel mit solchen Produkten. Das ermöglicht eine breitere Marktstreuung als bisher. Gerade die Konzentration der Risiken auf wenige Spezialbanken habe sich in der derzeitigen Krise als fatal erwiesen.

**Verbot von intransparenten, nicht-standardisierten Finanzprodukten.** Dies würde der Spekulation mit Krediten entgegenwirken. Eine Prüfstelle für Finanzprodukte, ein „Finanz-TÜV“, würde die Einhaltung überwachen. Bisher weitgehend unreguliert agierende Finanzinstitutionen wie Hedge-Fonds, Investment-Fonds und Private-Equity-Fonds sollten, ähnlich wie Geschäftsbanken, der öffentlichen Aufsicht unterliegen.

**Haltequote bei verbrieften Krediten.** Bei der Verbriefung von Krediten soll die ausgebende Bank zehn Prozent der

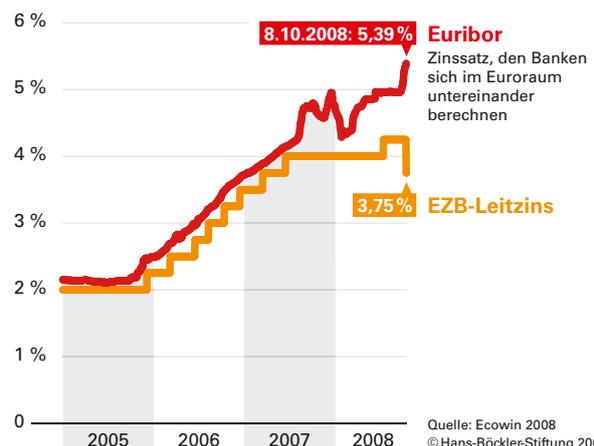
Kredite in ihrer Bilanz halten müssen, empfiehlt das IMK. Damit hätte sie einen Anreiz zur Begrenzung der Ausfallunsicherheit. Genauso sollten sich die Bonussysteme der Finanzinstitute – aber auch jene der Industrie- und Handelsunternehmen – weniger an kurzfristigen Erfolgen orientieren und stattdessen die längerfristige Solidität von Anlageentscheidungen belohnen.

**Änderung der Bilanzierungsregeln.** Nach den international maßgeblichen IFRS-Standards und der Basel-II-Regulierung müssen Finanzinstitute je nach Risikobewertung ihrer Anlagen Eigenkapital vorhalten. Das ist sinnvoll. Allerdings zeigt die aktuelle Krise nach der IMK-Analyse, dass die Risikobewertung durch Rating-Agenturen oder Banken prozyklisch wirkt. In Boomzeiten kann das für eine Überhitzung sorgen. Im Abschwung dagegen verschärft die Bilanzierungspraxis die Krise. Unternehmen sind gezwungen, rasch ihre Vermögenswerte in der Bilanz zu korrigieren. Abschreibungen können dann auf dem Markt zu einem Vertrauensverlust führen. Durch eine rasch umgesetzte Korrektur der Vorschriften könnten Eskalationen verhindert werden. So könnten alle Unternehmen der Finanzbranche dazu verpflichtet werden, Mindestreserven auf ihre Finanzaktiva bei der Zentralbank zu hinterlegen. Diese „Asset-Based-Reserve-Requirements“ wirken laut IMK antizyklisch.

Die durch die Deregulierungen des Finanzsektors erzeugte Kurzfristorientierung und die Übertreibungen an den Finanzmärkten ließen sich noch durch weitere Maßnahmen begrenzen. Dazu zählt das IMK: Ein schärferes gesetzliches Limit für Aktienrückkäufe, eine Begrenzung und Mindesthaltedauer für Aktienoptionen des Managements, eine Be-

## Vom Leitzins abgekoppelt

Banken verlangen voneinander immer höhere Zinsen



grenzung der Schuldenfinanzierung von Aktienaufkäufen, eine Kopplung von Stimmrechten an die Aktienhaltedauer, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer sowie die Rücknahme der Steuerbefreiung von Veräußerungsgewinnen auch für Kapitalgesellschaften. ◀

\* Eckhard Hein, Gustav Horn, Heike Joebges, Till van Treeck, Rudolf Zwiener: Finanzmarktkrise: erste Hilfe und langfristige Prävention, IMK Policy Brief, Oktober 2008  
Download und Quelledetails: [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Börsenumsatzsteuer bremst Spekulation

Eine Steuer auf Wertpapierumsätze könnte zur Stabilisierung der Finanzmärkte beitragen – und den Staatshaushalt selbst bei einem Mini-Steuersatz von einem Zehntel Prozent um gut 35 Milliarden Euro im Jahr bereichern.

Der Wertpapierhandel eilt dem Wachstum der Realwirtschaft mit großem Tempo voraus: Seit Anfang der 90er-Jahre wuchs das Handelsvolumen an den internationalen Finanzmärkten fünfmal so schnell wie die Weltwirtschaft. 2007 wechselten Aktien, Anleihen, Devisen, Optionen und andere Papiere im Wert des 74-fachen Weltsozialprodukts den Besitzer. Stephan Schulmeister, Margit Schratzenstaller und Oliver Picek vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) sehen in der ausufernden Spekulation erhebliche Gefahren für die Realwirtschaft.\* Denn die extremen Kursschwankungen an den Finanzmärkten bringen letztlich auch Unternehmen in Schwierigkeiten, die nicht im Finanzgewerbe tätig sind: Sie destabilisieren die gesamte Wirtschaft. Die Wissenschaftler schlagen in einem Gutachten vom März 2008 vor, auf Wertpapiergeschäfte eine Umsatzsteuer zu erheben. Eine generelle Finanztransaktionssteuer könne das Ausmaß der Spekulation reduzieren und den Staaten gleichzeitig höhere Einnahmen beschern.

Ausgangspunkt der WIFO-Studie ist eine Analyse des Geschehens auf den Finanzmärkten:

- ▶ **Der überwiegende Teil aller Finanzgeschäfte dient der Spekulation.** Nur die wenigsten Finanz-Deals sind das Gegenstück realwirtschaftlicher Vorgänge. So übersteigt der weltweite Devisenhandel den Handel mit Waren und Dienstleistungen um das 70-fache. In den USA, Großbritannien und Deutschland fließt 100-mal mehr Geld in Aktienkäufe als in reale Investitionen von Unternehmen. Die Diskrepanz zwischen realwirtschaftlich motivierten und rein spekulativen Geschäften habe besonders seit Ende der 90er-Jahre zugenommen, schreiben die Wirtschaftsforscher.
- ▶ **Vor allem der Derivatehandel ist explodiert.** Das Handelsvolumen von Derivaten, also Wetten auf die Kursentwicklung anderer Wertpapiere, von Währungen oder Rohstoffen, war 2007 50-mal höher als das Weltsozialprodukt. Der Handel mit „normalen“ Wertpapieren kam nur auf das 7,5-fache. Aus der großen Differenz folgern Schulmeister und seine Co-Autoren, dass es sich beim größten Teil der Derivate-Deals nicht um Geschäfte mit Bezug zur Realwirtschaft handeln kann, also zum Beispiel nicht um die Absicherung von Exporten gegen Wechselkurschwankungen.
- ▶ **Kurse finden nie das Gleichgewicht.** Stattdessen schwanken sie in langen Zyklen auf- und abwärts. Day-Trader und elektronische Handelssysteme versetzen den Wertpapierpreisen im Sekundentakt winzige Schübe nach oben oder unten. Je nachdem, in welche Richtung diese Schübe länger anhalten, entwickelt sich ein Auf- oder Abwärtstrend: Bullen- oder Bärenmarkt. Von ihren „fundamentalen Gleichgewichtswerten“ weichen die Kurse dabei „stark und dauerhaft“ ab, so das WIFO. Mehr Handelsteilnehmer und höhere Umsätze führten nicht dazu, dass Märkte stabiler werden, sondern verstärkten die Schwankungen eher.

Eine allgemeine Finanztransaktionssteuer, die bei jedem börsenähnlichen Wertpapiergeschäft erhoben würde, dürfte vor



allem die Spekulanten treffen, erläutern die Forscher. Je kurzfristiger ein Anleger handelt, desto öfter würde er zur Kasse gebeten. Langfristig orientierte Investoren, die ihre Papiere nicht nach wenigen Tagen – oder Minuten – wieder verkaufen, würden nur wenig belastet.

Wegen der riesigen Bemessungsgrundlage könnten die Steuersätze einer Finanzumsatz-Abgabe sehr niedrig sein: Nach einer Modellrechnung der WIFO-Forscher würde in Deutschland bereits ein Steuersatz von 0,1 Prozent ein Steueraufkommen von über 35 Milliarden Euro generieren. Dass die Day-Trader dann auf einen Großteil ihrer Deals – etwa drei Viertel der Transaktionen – verzichten würden, ist in der Rechnung bereits berücksichtigt.

**Kein utopischer Plan.** Steuern auf Wertpapierumsätze sind nichts Neues; in vielen Ländern sind sie in den vergangenen 20 Jahren allerdings abgeschafft worden. So geschehen in Deutschland, wo es bis 1991 eine Börsenumsatzsteuer gab. In Großbritannien dagegen wird bis heute eine Steuer von 0,5 Prozent auf bestimmte Aktiengeschäfte fällig – ohne dass dadurch die Attraktivität des Finanzplatzes London leidet, wie die Autoren betonen. Sofern der Steuersatz relativ niedrig bleibt, rechnen sie nicht damit, dass eine nennenswerte Zahl von Händlern nach Einführung einer Wertpapiersteuer etablierten Finanzplätzen wie Frankfurt den Rücken kehren würde. Dennoch sollte eine Finanztransaktionssteuer EU-weit koordiniert werden. In jedem Fall sollten sich Deutschland und Großbritannien auf ein gemeinsames Vorgehen verständigen – diese beiden Länder vereinen 99 Prozent aller Börsenumsätze in der EU auf sich. ◀

\* Quelle: Stephan Schulmeister, Margit Schratzenstaller, Oliver Picek: A General Financial Transaction Tax: Financing Development and Enhancing Financial Stability, WIFO-Studie, März 2008  
 Download und Quelledetails: [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Bankensystem: Abkehr vom US-Vorbild

Die Finanzkrise führt nicht zur Rückkehr der alten Deutschland AG. Aber manche Elemente werden wieder eine größere Rolle spielen, erwartet Reinhard Schmidt, Professor für internationales Bankwesen.

*Herr Professor Schmidt, wir erleben derzeit eine schwere Krise des internationalen, vor allem aber des angelsächsischen Finanzwesens. Kommt es nun zu einer Renaissance der kontinentaleuropäischen Hausbanken?*

**Schmidt:** Im Moment verschieben sich in der Tat die Gewichte zwischen Staat und Markt auf fundamentale Weise hin zum Staat, und das US-Finanz- und Bankensystem, das bis jetzt das Vorbild für alle anderen war, nimmt eine ganz andere Gestalt an. Trotzdem sehe ich keine dauerhafte Rückkehr zur früheren Rolle der Kreditinstitute, die über Jahrzehnte als Hausbanken großen Einfluss auf die Unternehmen ausübten. Dahin führt kein Weg zurück. Was ich jedoch erwarte, ist die Rückkehr eines anderen Elements der so genannten Deutschland AG: der Ankeraktionäre, also von Großaktionären, die erklärtermaßen eine langfristige Strategie verfolgen und ein großes Aktienpaket an einem Unter-

**Schmidt:** Dieses Thema ist erst mal weg vom Fenster. Die Fonds haben sehr stark von den günstigen Zinsen und dem Mangel an Regulierung profitiert. Aber viele haben die Krise nicht überlebt, die übrigen haben große Probleme, Kredite für Firmenkäufe zu bekommen. Einige sollen erklärt haben, dass sie nun Staatspapiere kaufen. Private Equity wird nicht ganz verschwinden, aber kein so großes Problem mehr sein. *Hätte bessere Regulierung die Krise verhindern können?*

**Schmidt:** Es ist natürlich bezeichnend, dass ausgerechnet die USA die internationale Vereinbarung Basel II nicht übernommen haben. Basel II verpflichtet unter anderem die Banken auf eine stärkere Unterlegung ihrer Kredite mit Eigenkapital. Wenn sich die amerikanischen Banken daran gehalten hätten, hätte das schon sehr geholfen. Aber wir müssen nicht nur über Amerika sprechen. Wenn man sich anschaut, was bei der IKB und der Sachsen LB geschehen ist, muss man sagen: Die Aufsicht

über deren Risikomanagement hat offensichtlich nicht funktioniert. Dabei ist das Thema ebenfalls in Basel II geregelt und damit in der Bundesrepublik verbindlich. Und dass gutes Risikomanagement trotz all der komplizierten Finanzinnovationen möglich ist, zeigen uns derzeit manche Banken, die weniger betroffen sind. Wir brauchen künftig ein effektives Risikocontrolling in allen Kreditinstituten, für das ein Vorstandsmitglied verantwortlich sein muss.

*In Deutschland sind zunächst besonders öffentliche*

*Banken mit faulen Krediten aufgefallen. Weil sie weniger vom Geschäft verstehen?*

**Schmidt:** Das mag in Einzelfällen so sein, generell glaube ich es aber nicht. Auf dem Finanzmarkt gilt: Wer unter starkem Gewinndruck steht, geht hohe Risiken ein. Und die Landesbanken waren zuletzt unter großem Druck. Nachdem 2005 die staatliche Gewährträgerhaftung weggefallen ist, wurde die Kreditaufnahme für sie teurer, und sie mussten ihre Existenz rechtfertigen. Also sind sie Risiken eingegangen, die nicht wirklich zu überschauen waren.

*Die Europäische Kommission drängte zuletzt darauf, den Sonderstatus der deutschen Sparkasse aufzuheben. Erwarten Sie da ein Umdenken?*

**Schmidt:** Das kann ich mir gut vorstellen und würde mich freuen. Mit den Sparkassen haben wir in Deutschland einen Player, dessen biedere Stabilität unserer Wirtschaft gerade in einer solchen Krise sehr nützt. Es gibt übrigens eine Reihe weiterer vermeintlich biederer Einrichtungen, deren Wert wir jetzt wieder deutlicher sehen – nehmen sie nur das Umlageverfahren der Rentenversicherung im Gegensatz zur kapitalgedeckten Rente. ◀

## Finanzmarkt: Der Regelungsbereich von Basel II

Das internationale Abkommen zur Regulierung der Banken umfasst ...



© Hans-Böckler-Stiftung 2008

nehmen halten. Das markanteste Beispiel dafür ist Porsche bei Volkswagen. Kapitalmarkt-Akteure wie etwa ausländische Staatsfonds könnten künftig verstärkt eine ähnliche Rolle suchen.

*Die großen amerikanischen Investmentbanken haben in den vergangenen Jahren auf dem Finanzmarkt den Ton angegeben. Nun existieren zwei nicht mehr, die anderen begeben sich freiwillig unter staatliche Regulierung. Welche Zukunft hat das Investment Banking?*

**Schmidt:** Die Banken werden das Investment-Geschäft nicht ganz aufgeben, aber ich kann mir gut vorstellen, dass sie künftig deutlich weniger Risiken eingehen. Goldman Sachs und JP Morgan Chase sind keine reinen Investmentbanken mehr, sie unterliegen nun wie andere Banken auch der Aufsicht der amerikanischen Zentralbank. Auch die deutschen Banken dürften sich für eine gewisse Zeit an einem traditionelleren Modell ausrichten, weniger Investment Banking betreiben und stattdessen verstärkt Einlagen sammeln und nur das weitergeben, was sie selbst eingenommen haben. *Ehe die Blase geplatzt ist, haben sich viele eine bessere Regulierung der Private-Equity- und Hedge-Fonds gewünscht.*

# Warnung vor Arbeitsplatzverlusten auf wackeligem Fundament

**Mindestlöhne müssen keine Jobs kosten. Gegenteilige Behauptungen sind weder theoretisch noch empirisch abgesichert.**

Die Argumentation ist eingängig, aber zu einfach: Gering qualifizierte Mitarbeiter würden nur einen bescheidenen Beitrag zur Wertschöpfung leisten und könnten deshalb nur gering entlohnt werden. Andernfalls wären die Arbeitgeber gezwungen, sie zu entlassen. Roman George von der Universität Marburg zeigt, welche umstrittenen Annahmen hinter dieser Theorie stecken.\* Nach Georges Analyse lässt sich die These vom Mindestlohn als Jobvernichter auch empirisch nicht belegen.

**Niedriger Lohn ist keine Folge geringer Leistung.** Was in der Welt ökonomischer Modelle selbstverständlich ist, scheitert an der Realität: „Es ist schlichtweg unmöglich, bei einer arbeitsteiligen Produktion den individuellen Beitrag zur Gesamtproduktion zu bestimmen“, stellt George fest. Sicher sei nur, dass „alle an der Wertschöpfung Beteiligten zum Gesamtergebnis beitragen“. Beispielsweise sei der Betrieb eines Luxushotels ohne professionelle Reinigung der Zimmer undenkbar – dennoch werden in diesem Bereich fast ausschließlich Niedriglöhne gezahlt. Unterschiedliche Einkommen im Unternehmen ließen sich nicht objektiv mit unterschiedlichen Anteilen am wirtschaftlichen Erfolg begründen. Vielmehr spielen „historisch und gesellschaftlich bedingte Unterschiede in der Bewertung verschiedener Tätigkeiten und Berufsbilder“ eine wichtige Rolle, so George.

Auch verschiedene formale Qualifikationen könnten die Verdienstunterschiede nicht hinreichend erklären. So beziehen keineswegs nur Geringqualifizierte Niedriglöhne: Nach einer Studie des Instituts Arbeit und Qualifikation haben zwei Drittel eine Berufsausbildung oder sogar einen Studienabschluss.

Niedrigentgelte seien in Deutschland nicht in erster Linie auf eine geringe Produktivität der jeweiligen Beschäftigten zurückzuführen, so George, sondern auf „ihre geringe Verhandlungsmacht“. Die schlechte Bezahlung vieler Arbeitnehmer ist demnach weder Ausdruck ihrer geringen Fähigkeiten noch eine Konsequenz ökonomischer Gesetzmäßigkeiten – sie spiegelt vor allem ihre schwache Position gegenüber dem Arbeitgeber wider.

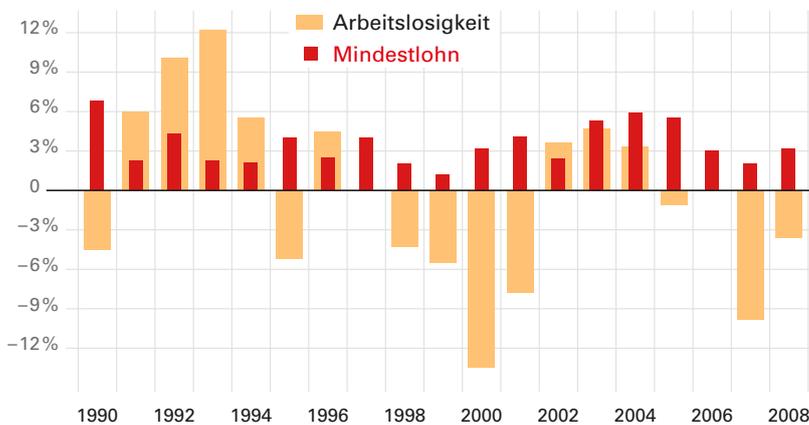
**Fragwürdige Berechnungen.** Berechnungen der angeblich drohenden Jobverluste durch die Einführung von Mindestlöhnen beruhen George zufolge oft auf zweifelhaften Annahmen. So geht beispielsweise das ifo-Institut davon aus, dass eine Lohnerhöhung um einen Prozentpunkt die Beschäftigung um einen dreiviertel Prozentpunkt senkt. Die unterstellte Beziehung zwischen Lohn und Beschäftigung sei jedoch willkürlich gewählt und zudem undifferenziert, erläutert George.

Seriöserweise müssten mindestens die Zusammenhänge für unterschiedliche Beschäftigten- und Lohngruppen einzeln ermittelt werden. In einigen Arbeitsmarktsegmenten könne der erhöhte Lohn auch zu einer geringeren Fluktuation und zu einer höheren Produktivität führen – so dass sogar positive Beschäftigungseffekte denkbar seien. Zudem wären auch gesamtwirtschaftliche Beschäftigungszuwächse infolge der höheren Kaufkraft der Geringverdiener gegenzurechnen. Angesichts der theoretischen Kontroversen liege es nahe, sich die Entwicklung in den Ländern anzuschauen, die einen gesetzlichen Mindestlohn eingeführt haben.

**Frankreich – kein abschreckendes Beispiel.** Während laut George auch konservative Ökonomen in den letzten Jahren anerkennen mussten, dass der britische Mindestlohn seit seiner Einführung 1999 keine Beschäftigungsverluste verursacht hat, gilt der französische Mindestlohn einigen weiterhin als Jobkiller. So sieht es beispielsweise der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. George verweist dagegen auf Berechnungen der OECD, nach denen negative Beschäftigungseffekte bei Erwachsenen gar nicht und bei Jugendlichen nur in sehr geringem Ausmaß festzustellen sind. Der Wissenschaftler nennt

## Mindestlohn ohne Beschäftigungseffekt

In Frankreich änderten sich im Vergleich zum Vorjahr ...



Quelle: INSEE, EU-Kommission, Berechnungen George 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

zudem eine vergleichsweise einfache Möglichkeit, um die Wirkungen des französischen Mindestlohns zu überprüfen: Sollten die mit neoklassischen Arbeitsmarktmodellen rechnenden Ökonomen recht haben, müssten sich Mindestlohnerhöhungen unmittelbar oder mit einer geringen Verzögerung in höheren Arbeitslosenzahlen niederschlagen. Davon ist in Frankreich jedoch nichts zu sehen. ◀

\* Quelle: Roman George: Mindestlöhne und Beschäftigung, in: WSI-Mitteilungen 9/2008; Roman George: Gesetzlicher Mindestlohn. Was kann Deutschland von den Nachbarn lernen? Die Erfahrungen mit gesetzlichen Mindestlöhnen in Frankreich und Großbritannien, Marburg 2007  
Download unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Weiter große Reichweite

**Der Verbreitungsgrad betrieblicher Mitbestimmung ist stabil. Die Branchentarifbindung ist – zumindest in Westdeutschland – leicht rückläufig.**

Betriebsräte vertreten knapp die Hälfte der Beschäftigten in Westdeutschland. In den neuen Ländern liegt der Wert bei rund 40 Prozent. Das geht aus der jüngsten Betriebsbefragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor.\* Sie ist repräsentativ für Betriebe ab fünf Mitarbeitern. Der Vergleich mit den Ergebnissen früherer Jahre zeigt: Der im vergangenen Jahrzehnt zu beobachtende leichte Abwärtstrend in den alten Ländern ist gestoppt, im Osten ist die Reichweite der betrieblichen Mitbestimmung weiterhin stabil.

**Jeder zehnte Betrieb hat einen Betriebsrat.** Das gilt für Ost- und Westdeutschland. Damit wird „das Niveau des Vorjahres erreicht und das langjährige Niveau bestätigt“, schreiben die IAB-Forscher. Die Betriebsräte verteilen sich keineswegs gleichmäßig auf die Wirtschaft: Während neun von zehn Großbetrieben mit über 500 Mitarbeitern eine gesetzliche Arbeitnehmervertretung haben, müssen Beschäftigte in kleineren Firmen oft ohne Vertretung auskommen: Nur jeder 17. Betrieb mit unter 50 Beschäftigten hat einen Betriebsrat. Zudem existieren erhebliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Branchen. So haben deutlich mehr als zwei Drittel der Betriebe in Bergbau, Energiewirtschaft, Industrie und Banken Betriebsräte, während die Vertretungsdichte in Handel und Baugewerbe eher gering ist.

**Andere Vertretungsformen** wie Runde Tische gibt es zwar relativ häufig, sie vertreten aber bei Weitem nicht die Interessen von so vielen Beschäftigten wie die Betriebsräte. Im Westen erreichen alternative Mitarbeitervertretungen 11 Prozent der Arbeitnehmer in mitbestimmungsfähigen Betrieben, im Osten 7 Prozent. Im Zeitverlauf schwankt die Zahl der Betriebe mit solchen Behelfsvertretungen stark. Die Wissenschaftler beobachteten „eine große Fluktuation unter diesen Gremien“: Viele existierten nur für kurze Zeit.

**Überbetriebliche Tarifverträge** galten 2007 für gut die Hälfte der westdeutschen und mehr als ein Drittel der ost-

## Im Westen häufiger auf zwei Ebenen vertreten

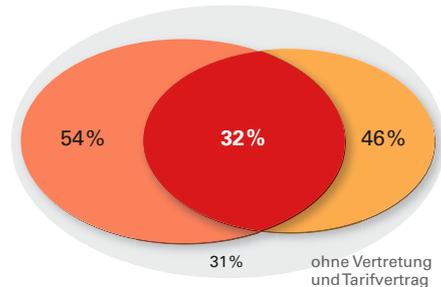
Unter allen Beschäftigten in privatwirtschaftlichen Betrieben arbeiten mit ...

Branchen-  
tarifvertrag

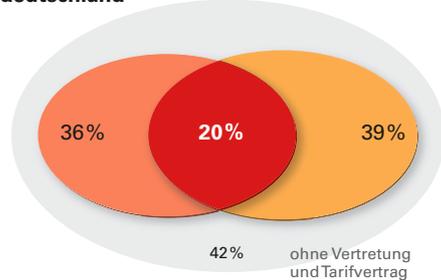
Branchentarifvertrag  
und Betriebsrat

Betriebsrat

in Westdeutschland



in Ostdeutschland



Quellen: IAB-Betriebspanel 2007 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

deutschen Beschäftigten. Entgelte und Arbeitsbedingungen von weiteren 7 Prozent der westdeutschen Arbeitnehmer regelten Firmentarifverträge. In den neuen Ländern war dies bei 13 Prozent der Beschäftigten der Fall. Damit arbeitete im Westen gut ein Drittel und im Osten knapp die Hälfte der Arbeitnehmer ohne Tarif. Dies heißt jedoch nicht, dass Tarifabschlüsse für diese Beschäftigten bedeutungslos wären. Denn jeder zweite von ihnen ist in einem Betrieb angestellt, der sich bei der Bezahlung an den Tarifen seiner Branche orientiert.

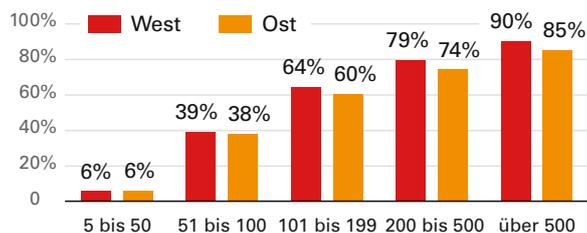
Seit 1996 ging die Flächentarifbindung im Westen um 13, in Ostdeutschland um 15 Prozentpunkte zurück. Betrachtet man nur die letzten Jahre, zeigt sich: In Ostdeutschland stabilisiert sich die Tarifbindung auf niedrigem Niveau, im Westen ist jedoch „noch ein leichter Rückgang zu verzeichnen“.

### Weißer Flecken auf der Landkarte der Interessenvertretung.

Die Überblendung der Ergebnisse zur Mitbestimmung und Tarifbindung lässt zwei Pole erkennen: einerseits Beschäftigte, denen sowohl Betriebsrat als auch Tarifvertrag fehlen – „die weißen Flecken in der Tarif- und Mitbestimmungslandschaft“, wie es das IAB formuliert. Das sind 31 Prozent der Arbeitnehmer im Westen und 42 Prozent im Osten. Auf der anderen Seite gibt es die „Kernzone des dualen Systems der Interessenvertretung“ – Betriebsrat plus Tarifvertrag. In solchen Betrieben arbeitet ein Drittel der west- und ein Fünftel der ostdeutschen Beschäftigten. ◀

## Große mit mehr Vertretung

Betriebe mit Betriebsrat nach Beschäftigten



Privatwirtschaftliche Betriebe mit mindestens fünf Beschäftigten  
Quelle: IAB-Betriebspanel 2007 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

\* Quelle: Peter Ellguth, Susanne Kohaut: Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung: Aktuelle Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2007, in: WSI-Mitteilungen 9/2008

Download unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Ältere: Einsatz des Vermittlers entscheidet

**Ältere Langzeitarbeitslose haben durchaus noch Chancen auf dem Arbeitsmarkt – wenn sie gezielt gefördert werden. Die Betriebe schätzen eine gute Betreuung durch Arbeitsvermittler, stellte sich bei einem Modellprojekt heraus. An Lohnkostenzuschüssen sind sie weniger interessiert.**

Dauerhaft Erwerbslose über 50 zählen am Arbeitsmarkt zu den am schwersten zu vermittelnden Gruppen. Doch auch ihnen kann Arbeitsvermittlung die Rückkehr ins Erwerbsleben ermöglichen. Bei „Perspektive 50plus“, einem Förderprogramm hauptsächlich für ältere Langzeitarbeitslose, fand etwa jeder Fünfte schon vor Ende der Laufzeit des Projektes eine Stelle. „Der Schlüssel zum Erfolg liegt in der Kombination von individueller Betreuung und Förderung von Langzeitarbeitslosen sowie in gezielter Ansprache und Beratung von Unternehmen“, erklären die Forscher des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen. Das IAQ hat die erste Phase des Programms ausgewertet und die Erfolgsfaktoren identifiziert.\*

**Individuelle Betreuung.** Das Bundesarbeitsministerium hat mit dem Projekt bis Ende vergangenen Jahres 62 regionale Beschäftigungspakte gefördert. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor bestand darin, dass eigene Betreuungs- und Vermittlungsstrukturen für ältere Langzeitarbeitslose aufgebaut wurden. Die Vermittler mussten sich nur um wenige Menschen kümmern, konnten sich Zeit nehmen und Kontakte zu Betrieben pflegen. Sie vermittelten Trainings, die nicht nur die Motivation, sondern auch das Selbstbewusstsein stärken sollten. Hinzu kamen – wenn nötig – Qualifizierungselemente. Weil in dünn besiedelten Gegenden mangelnde Mobilität oft ein Vermittlungshemmnis darstellt, wurde in einigen Fällen der Erwerb eines Führerscheins unterstützt. Die Eingliederungskosten lagen laut IAQ im Schnitt bei 9.940 Euro.

**Lohnkostenzuschüsse kaum gefragt.** In allen vom IAQ untersuchten Regionalprojekten gab es die Möglichkeit, Zuschüsse an die neuen Arbeitgeber zu zahlen. Doch es stellte sich heraus, dass Lohnkostenzuschüsse in der Regel nicht entscheidend für den Vermittlungserfolg waren. Die Mehr-

## Kleine Betriebe dankbar für Vermittlung

Erfolgreich vermittelt wurden im Rahmen des Programms „Perspektive 50plus“ an Betriebe mit...

| Beschäftigten | Frauen | Männer | insgesamt |
|---------------|--------|--------|-----------|
| mehr als 250  |        |        | 7,6 %     |
| 51 bis 250    |        |        | 19,5 %    |
| 21 bis 50     |        |        | 22,3 %    |
| 11 bis 20     |        |        | 15,0 %    |
| 6 bis 10      |        |        | 14,5 %    |
| bis zu 5      |        |        | 21,1 %    |

Quelle: Teilnehmerdaten Perspektive 50plus, Berechnungen IAQ 2008  
© Hans-Böckler-Stiftung 2008

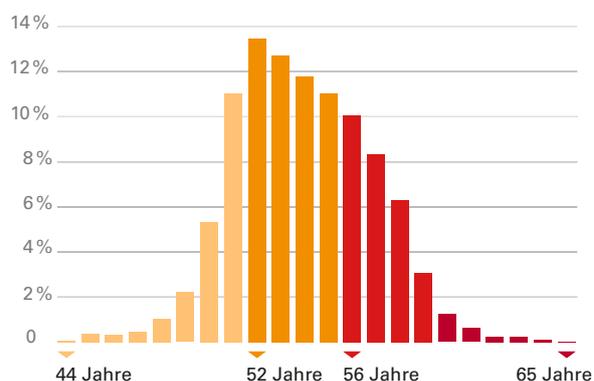
zahl der Jobzusagen ergab sich ohne finanzielle Förderung, berichtet das IAQ. Die Wissenschaftler folgern daraus, dass es zwar aufwändig ist, sowohl die älteren Langzeitarbeitslosen als auch die Betriebe intensiv zu betreuen. Jedoch scheint dies häufig wirksamer, als allein Lohnkostenzuschüsse an die Arbeitgeber zu zahlen.

**Persönliche Ansprache in Klein- und Kleinstbetrieben.** Drei von vier erfolgreich Vermittelten fanden eine Stelle in Unternehmen mit maximal 50 Beschäftigten. Durch enge Zusammenarbeit zwischen Vermittler und Betrieb wurden hier oft neue und passende Anforderungsprofile formuliert. Unternehmen, die über keine eigene Personalabteilung verfügen, waren dankbar für die Vorauswahl der Vermittler. „Die Betriebe schätzten es zudem sehr, dass diese Vermittler – oder ‚Kümmerer‘, wie sie in einigen Regionen genannt wurden – auch noch in den ersten Monaten des angebahnten Beschäftigungsverhältnisses für eine Nachbetreuung zur Verfügung standen“, so das IAQ. Die neuen Stellen waren meist auf dem Niveau der zuletzt ausgeübten Tätigkeit, dazu kommen etwa je 20 Prozent mit einem Statusauf- oder -abstieg. Ein Großteil der Vermittelten hat sich im Tätigkeitsbereich neu orientiert und eine bislang ungewohnte, neue Aufgabe übernommen. Von den erfolgreichen Teilnehmern sagen zwei Drittel, dass sie ohne das Programm und die intensive Betreuung nicht so schnell einen Job gefunden hätten. Selbst 40 Prozent derjenigen, die keine Stelle bekamen, erklärten, dass ihnen „Perspektive 50plus“ geholfen habe, die eigenen Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. ◀

\* Quelle: Renate Büttner, Matthias Knuth, Oliver Schweer, Tim Stegmann: Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt auch mit 50plus. Ausgewählte Ergebnisse aus der Evaluation des Bundesprogramms „Perspektive 50plus“ für ältere Langzeitarbeitslose, IAQ-Report 3/2008  
**Download und Quelledetails: [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)**

## Jobchancen mit Mitte 50

Verteilung der im Rahmen des Programms „Perspektive 50plus“ erfolgreich vermittelten Personen nach Alter

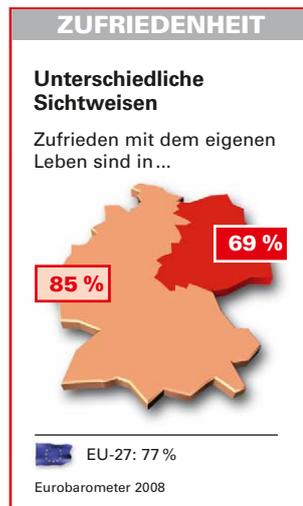
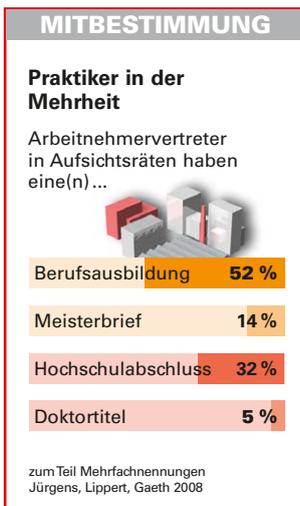
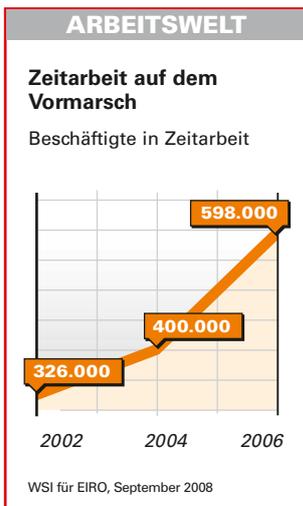
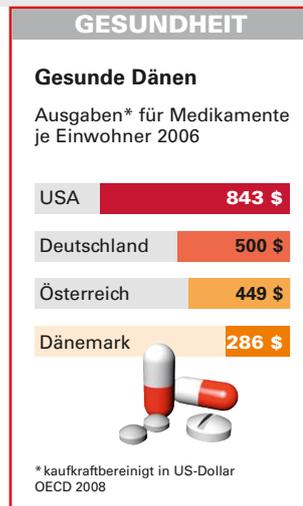
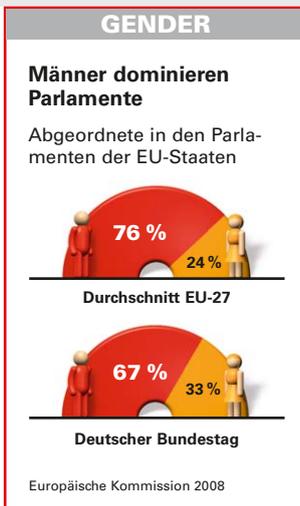


Quelle: Teilnehmerdaten Perspektive 50plus, Berechnungen IAQ 2008  
© Hans-Böckler-Stiftung 2008

**Herausgeberin:** Hans-Böckler-Stiftung  
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11/7778-0  
**Verantwortlicher Geschäftsführer:** Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.)  
**Chefredaktion:** Karin Rahn; **Redaktion:** Rainer Jung, Annegret Loges, Uwe Schmidt, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter  
E-Mail [redaktion-impuls@boeckler.de](mailto:redaktion-impuls@boeckler.de); Telefon 02 11/77 78-286,  
Fax 02 11/7778-207; **Druck und Versand:** Setzkasten GmbH,  
Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

**Weiter im Netz:** Alle Grafiken zum Download (Nachdruck frei bei Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

**TrendTableau**



► **BILDUNG:** Lehrer lassen sich bei der Schulempfehlung weniger von den Noten eines Kindes leiten als von dessen Elternhaus. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Universität Mainz. Die Forscher haben die Empfehlungen an allen Grundschulen in Wiesbaden im vergangenen Jahr betrachtet. Dabei stellte sich heraus, dass nur 14 Prozent der Kinder aus der Unterschicht

eine Gymnasialempfehlung erhielten. Unter den Kindern der oberen Schicht waren es dagegen 81 Prozent. Selbst bei schlechteren Noten zeigt sich: Je höher die Schicht, umso seltener werden Kinder auf die Hauptschule geschickt. Bei der Empfehlung der Lehrer spielen vor allem das Bildungsniveau der Eltern eine zentrale Rolle, so die Autoren. Universität Mainz 2008

► **EINKOMMEN:** Boni, Aktienoptionen und andere am Unternehmenserfolg orientierte Managervergütungen sind auf lange Sicht kontraproduktiv. Forscherinnen der Universität Zürich haben 76 Studien aus über 123.000 Unternehmen ausgewertet. Sie kommen zu dem Schluss, dass die Vergütung nach aktuellem Unternehmenserfolg eine Reihe von negativen Effekten hat.

Dazu zählen der Anreiz zu Bilanzmanipulationen und zur Verschleierung von Risiken. Es besteht zudem die Gefahr, dass der monetäre Anreiz die eigentliche Motivation der Manager an der Sache verdrängt. Der Zusammenhang von hoher variabler Vergütung und dem tatsächlichen Unternehmensergebnis sei gering. Universität Zürich 2008